

Landeshauptstadt Hannover
Herrn Oberbürgermeister
Stefan Schostok
Trammplatz 2
30159 Hannover

| |
|---------------------------------------|
| Geschäftsbereich Oberbürgermeister |
| 0 5. Nov. 2018 18:00 /Sübh |
| |



Hannover, den 29.10.18

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Haushaltsplan 2019/2020

Ergebnishaushalt

Änderungsantrag gemäß §12 der GO des Rates der LHH zur DS1297/2018

Teilhaushalt: 61

Produkt: 31505 Unterbringung von Personen

Die AfD-Fraktion beantragt, die Aufwendungen für das Produkt „Unterbringung von Personen“ wie folgt zu reduzieren:

| | 2019 | 2020 |
|------------------------|--------------|--------------|
| Der Ansatz in Höhe von | 52.193.000 € | 52.376.000 € |
| wird um | 5.000.000 € | 10.000.000 € |
| auf insgesamt | 47.193.000 € | 42.376.000 € |

abgesenkt.

Begründung:

Nachdem Angela Merkel ihren treu ergebenen Fraktionsvorsitzenden Kauder verloren hat, ist sie nun im Inbegriff, ihren CDU-Parteivorsitz abzugeben. Damit ist endlich ein Ende der Herrschaft des Unrechts und der damit verbundenen verfassungswidrigen Massenmigration in unser Land und unsere Stadt absehbar. Wir sind daher zuversichtlich, dass die Stadtverwaltung in absehbarer Zeit den Mut finden wird, zumindest die über 1.000 ausreisepflichtigen Migranten Hannovers tatsächlich in ihre Heimatländer zurückkehren zu lassen, anstatt sie weiterhin als "Neuhannoveraner" in unserer Stadt auf Kosten des Steuerzahlers zu versorgen.

Weiterhin weisen wir die Stadtverwaltung gerne nochmals darauf hin, dass es sich beim Asylrecht lediglich um ein Bleiberecht auf Zeit handelt. Ziel ist es, verfolgten Menschen so lange Schutz und Versorgung zu gewähren, bis sie in ihre Heimatländer zurückkehren können. Keineswegs ist es jedoch Sinn und Zweck des Asylrechts, geltendes Zuwanderungsrecht zu ersetzen und eine dauerhafte Bleibeperspektive zu ermöglichen. Es ist folglich nicht sinnvoll, wenn die Stadtverwaltung entgegen der geltenden Gesetzeslage in ihren Haushaltsplanungen davon ausgeht, Asylsuchende dauerhaft in Hannover zu versorgen.

Wir sind überzeugt, dass die Stadtverwaltung bei energischer Durchsetzung der geltenden Rechtslage problemlos den Aufwand für die Unterbringung der „Flüchtlinge“ um 5 Mio. Euro in 2019 und um 10 Mio. Euro in 2020 reduzieren können wird.

Mit freundlichem Gruß



Sören Hauptstein

Beigeordneter und Fraktionsvorsitzender im Rat der LHH